

---

FDP Offenbach

## REDE ZUR CYBERSICHERHEIT – DOMINIK SCHWAGEREIT

19.06.2022

---

Meine Damen und Herren,

wir müssen nur heute in die Zeitung schauen:

Das Handelsblatt titelt:

***Die Viren-Waffe: Diese Gefahren drohen Deutschland durch russische  
Cyberattacken***

***Kremlnahe Hacker bereiten womöglich gerade einen großen Angriff vor – der auch  
Energienetze und Industrieanlagen treffen könnte. Die Bedrohungslage erreicht  
eine neue Ebene.***

Im Juli letzten Jahres durfte man schon lesen:

***Hacker legen die gesamte Kreisverwaltung von Anhalt-Bitterfeld lahm***

*Der Landkreis Anhalt-Bitterfelder ist Opfer eines Hacker-Angriffs geworden. Die komplette  
Verwaltung wurde durch einen Trojaner lahmgelegt. Betroffen sind alle Standorte – auch  
Zerbst.*

Man sieht auch Verwaltungen, die oft ja auch kritische Infrastruktur betreut, sind Ziel von  
Attacken aus dem Netz. Seien von es Kriminellen, seien es durch Staaten.

Es sind Versuche entweder Daten zu stehlen oder zu verschlüsseln bei Betrügern oder  
jetzt im Zusammenhang mit staatlichen Angriffen, die Struktur lahmzulegen und Chaos zu  
verursachen.

Folgen dieser Angriffe sind nicht selten Kosten im Millionenbereich, der Vertrauensverlust der Bürger und eben auch die Missbrauchsgefahr der entwendeten Daten.

IT-Sicherheit ist wie Brandschutz, denn funktionierende IT-Systeme sind heute lebensnotwendig. Nichts läuft ohne die IT. Für eine Kommunalverwaltung und die Bürger sind funktionierenden IT-Systemen unabdingbar. Insbesondere, da auch im städtischen Bereich kritische Infrastruktur angesiedelt ist. Es gilt vorzusorgen und das Thema verstärkt in den Focus zu nehmen. Wir möchten daher, dass der Magistrat zur Reduktion der Risiken und Folgen eines Cyberangriffs ein Informationssicherheitskonzept vorliegt und über das Thema regelmäßig berichtet.

Wenn wir den Antrag der Linken richtig verstehen, so unterscheidet er sich in der Frage der Berichterstattung und der Veröffentlichung von Zertifikaten. Wir würden diesen Punkt gerne den Fachleuten und dem Magistrat überlassen und wollen daher bei der Ursprungsfassung bleiben.

[Zum Antrag](#)